

Pressekonferenz vom 7.4.2011: Claudia Vogt (Allschwil)

Amt für Volksschule verfügt asoziale Zwangsverschiebungen

Ich spreche als selbst-betroffene Mutter aus Allschwil und im Namen von allen Eltern aus Allschwil, die von einer Zwangsverschiebung betroffen sind. Insgesamt sieben Kinder, alle 11- oder 12 Jahre alt, müssen gemäss Verfügung des Amt für Volksschule (AVS) die Sekundarschule in Oberwil absolvieren.

Die erste Reaktion der Kinder auf die Zwangsverschiebung war: Was bedeutet das für mich? Wie komme ich überhaupt dorthin? Wer aus meiner Klasse muss auch gehen? Nachdem bekannt wurde, dass es teilweise nur ein einzelnes Kind einer Klasse trifft, tauchten Fragen wie: Weshalb bin ich der/die einzige? Wieso dürfen „die“ das tun? **„Mami/Papi könnt ihr nichts dagegen machen?“**

Der Gerechtigkeitssinn und die Solidarität sind in diesem Alter sehr ausgeprägt. So konnten sich schlussendlich auch diejenigen, welche am Wohnort eingeteilt wurden nicht mal mehr richtig darüber freuen, als sie sahen wie traurig ihre betroffenen Freunde sind. **„Dürfen wir eine Kinderdemonstration bei der Regierung machen?“** war nur eine von vielen Reaktionen.

Unseren Wohnort haben wir bewusst nach gewissen Kriterien ausgewählt, wie z.B. Sekundarschule im Ort, Fussgängerdistanz war für uns ein entscheidendes Kriterium für die Wahl unserer Wohnung. Für uns bedeutet dies Lebensqualität, genauso wie für Regierungsrat Urs Wüthrich. Auf seiner Homepage schreibt er: **„Heute lebe ich mit meiner Frau und meinen drei erwachsenen Töchtern in Sissach. Schulen, Geschäfte, eine gut ausgebaute Infrastruktur, der Bahnhof mit Schnellzughalten - alles in Fussgängerdistanz (...) das bedeutet für mich Lebensqualität“¹**. Nun wird uns genau diese Lebensqualität zu einem Teil entzogen.

Viele der Kinder sind hier geboren, haben die Spielgruppe, den Kindergarten sowie die Primarschule besucht. Sie sind hier aufgewachsen, sozial verankert und fühlen sich wohl. Mit diesen Zwangsverschiebungen werden unsere Kinder aus ihrem sozialen Umfeld heraus gerissen (Freunde, Musikschule oder Sportverein) und sie müssen an einem anderen Ort die Sekundarschule besuchen. Diese Vorstellung löst bei uns grosses Unbehagen aus.

Der Schulweg ist zu lang, zu gefährlich und unmöglich mit dem Velo oder zu Fuss zu bewältigen.

Weil unsere Kinder einen längeren Schulweg in Kauf nehmen müssen, bleibt ihnen viel weniger Zeit für Freizeit und Hobbies. Ev. müssten sie gar etwas davon aufgeben. Nur, weil sie näher an einer 64er Bushaltestelle wohnen – dies ein Auswahl-Kriterium für die Zwangsverschiebungen – haben sie weniger Rechte, als jene, die weiter davon entfernt wohnen und somit in der eigenen Gemeinde in die Sekundarschule dürfen. Das ist kein gleiches Recht für alle! Welches „Auswahl-Kriterium“ wird nächstes Jahr gewählt?

¹ <http://www.urs-wuethrich.ch/Zur-Person.9.0.html>

Da der Schulweg nicht mit dem Velo bewältigt werden kann, werden den Kindern mit Bestimmtheit auch Nachteile erwachsen, wie z.B. bei Gruppen-/Projektarbeiten zuhause oder bei Krankheit (wer bringt schnell die Husi auf dem Heimweg vorbei?) etc.

Da unseren Kindern künftig kaum Zeit bleibt ihr Mittagessen zu Hause mit der Familie einzunehmen, sind wir gezwungen, unsere Kinder an einem Mittagstisch anzumelden. Sie verlieren die ausserordentlich wichtigen Gespräche zum Erlebten, die beim gemeinsamen Essen geführt werden. Das ist für uns Eltern ein sehr wichtiger Teil der Erziehung und Verantwortung den Kindern gegenüber und wir möchten uns diese wertvolle Zeit auf keinen Fall nehmen lassen! Wir sprechen hier von 11-12jährigen Kindern, welche kurz vor der Pubertät stehen.

Wer trägt die durch die Benützung des ÖV sowie Teilnahme am Mittagstisch entstehenden Kosten? Es kann ja nicht angehen, dass der Kanton die Kinder zwangsversetzt, um Kosten zu sparen und im Gegenzug dann die Eltern für die durch diese Zwangszuweisung generierten Kosten aufkommen zu lassen.

Egal mit wem man darüber spricht, es herrscht ein völliges Unverständnis in der gesamten Bevölkerung über diese Sparmassnahme des Kantons zu Lasten der Individualbedürfnissen der Kinder und Familien.

(es gilt das gesprochene Wort)